

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Freimut Duve, Rudolf Bindig, Robert Antretter,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/4084 –**

Koordinierung der Aufnahme von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen in der Europäischen Union – Schaffung eines europäischen Flüchtlingskommissariats

A. Problem

Die unterschiedliche Aufnahmepraxis der Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge in den Ländern der Europäischen Union hat zu einem Ungleichgewicht in der Aufnahme und der daraus resultierenden Folgebelastung in den einzelnen Staaten und in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere für die Länder und Kommunen geführt. Die EU muß auch künftig in der Lage sein, Menschen vorübergehend Zuflucht zu bieten. Die Erfahrung hat gezeigt, daß daher eine Koordinierung in der Aufnahme von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen dringend erforderlich ist.

B. Lösung

Der vorliegende Antrag fordert die Bundesregierung auf, die Initiative zur Schaffung eines Flüchtlingskommissariats zu ergreifen, das für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Koordinierung für die Aufnahme und die Rückkehr übernimmt.

Ablehnung mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine Angaben.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 13/4084 abzulehnen.

Bonn, den 16. Oktober 1996

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Karl-Heinz Hornhues
Vorsitzender

Dr. Andreas Schockenhoff
Berichterstatter

Freimut Duve
Berichterstatter

Gerd Poppe
Berichterstatter

Ulrich Irmer
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Andreas Schockenhoff, Freimut Duve, Gerd Poppe und Ulrich Irmer

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 98. Sitzung am 18. April 1996 den Antrag an den Auswärtigen Ausschuß federführend sowie an den Innenausschuß und den Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Der Innenausschuß hat in seiner Stellungnahme vom 12. Juni 1996 und der Ausschuß für Angelegenheiten der Europäischen Union in seiner 36. Sitzung am 26. Juni 1996 mit den Stimmen der Koalitionsfraktio-

nen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 47. Sitzung am 16. Oktober 1996 die Ablehnung mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen.

Bonn, den 16. Oktober 1996

Dr. Andreas Schockenhoff
Berichterstatter

Freimut Duve
Berichterstatter

Gerd Poppe
Berichterstatter

Ulrich Irmer
Berichterstatter